



## BürgerInneninitiative gegen ein Großbordell in Marburg-Wehrda

Frankfurter Rundschau vom 2./3.1.2010

### „Menschenverachtende Praktiken“

Inge Hauschildt-Schön kämpft gegen Bordelle und Prostitution

*Das Großbordell in Marburg ist seit drei Jahren in Betrieb. Sind Ihre Befürchtungen eingetroffen?*

Ja, leider. 2007 gab es eine Messerstecherei mit mehreren Verletzten wo es nach Polizeiangaben um Schutzgelderpressung ging. Ein Bauleiter des Bordells war während des Genehmigungsverfahrens wegen Menschenhandel und Zwangsprostitution angeklagt und später verurteilt worden. Die Stadt vertrat dennoch die Ansicht, dass hinter dem Bordell seriöse Geschäftsleute stünden.

*Die Bürgerinitiative existiert weiter, obwohl das Bordell nicht verhindert werden konnte. Warum lehnen Sie Prostitution so vehement ab?*

Die heute praktizierte Form in Bordellen, Laufhäusern und Wellnessoasen verstößt eindeutig gegen das Grundgesetz. Angebote wie „Fistfucking“ (Faustfick) oder „Natursekt“ (Männer urinieren auf Frauen) verletzen die Würde der Frauen. Das Weisungsrecht der Bordellbetreiber ist nicht mit dem Menschenrecht auf sexuelle Selbstbestimmung und körperliche Integrität vereinbar. Dagegen protestieren wird. Wir sind keine engstirnigen Moralapostel, auch wenn man uns das manchmal unterstellt.

*Bestreiten Sie, dass es freiwillige und selbständige Huren gibt?*

Nein, aber das ist eine kleine Minderheit. Uns geht es um die hunderttausenden Frauen aus Osteuropa, Südostasien oder Afrika, die gnadenlos durch Vermittler, Zu-

#### ZUR PERSON



PRIVAT

**Inge Hauschildt-Schön** (70) gründete in Marburg eine Bürgerinitiative gegen ein Bordell und ist deren Sprecherin.

**Der Lehrerin**, die auch in der Friedensbewegung aktiv ist, geht es um die Würde der Frauen. res [www.bi-gegen-bordell.de](http://www.bi-gegen-bordell.de)

halter und Bordellbetreiber ausgebeutet werden, viele sind Analphabetinnen oder sprechen kein Deutsch. Weil sich Prostitutionsstätten fast inflationär ausbreiten, herrschen Dumpingpreise bis zu fünf Euro auf dem Straßenstrich. Aufgrund der großen Konkurrenz bieten Bordelle Flatratesex. Bei Razzien in solchen Häusern wurden fast nur ausländische Prostituierte angetroffen.

*Seit 2002 ist Prostitution nicht mehr sittenwidrig. Das Gesetz sollte die Rechte der Huren stärken. Sie lehnen es ab. Wollen Sie das Gewerbe wieder verbieten?*

Kein Staat kann ein Gewerbe legitimieren, das Menschenrechte verletzt. Ein Verbot der Prostitution wäre aber derzeit in Politik und Gesellschaft nicht durchsetzbar. Wir fordern aber eine Novellierung des Prostitutionsgesetzes, das zwar gutgemeint war, weil Frauen sozial- und krankensichert werden sollten. Es haben sich aber kaum Prostituierte sozialversichert. Stattdessen hat das Gesetz schlimme Folgen.

*Können Sie Beispiele nennen?*

Bordelle gelten jetzt als Gewerbebetriebe. Betreiber haben damit ein Weisungsrecht, mit dem sie beispielsweise verlangen können, dass sich Prostituierte 13 Stunden nackt im Kontaktraum präsentieren müssen, wie es einem Club vom Augsburger Landgericht erlaubt wurde. Auch die Zahl der Laufhäuser, in denen Sex wie am Fließband angeboten wird, hat stark zugenommen, ebenso die der Großbordelle, in denen Wuchermieten für Zimmer verlangt werden. Sie sind viel schwerer zu kontrollieren, ohne Anzeige gar nicht.

*Was sollte der Gesetzgeber tun?*

Prostitution darf nicht als normales Gewerbe eingeschätzt werden. Die Lücken, die das Rotlichtmilieu nutzt, müssen geschlossen, Wuchermieten verboten werden und man muss gute Kontrollmöglichkeiten gesetzlich verankern. Prostituierte müssen wirklich selbstbestimmt arbeiten, ihren Lohn allein behalten dürfen. Eine entsprechende Eingabe haben wir im November der Bundesjustizministerin übermittelt.

*Sie beraten andere Bürgerinitiativen. Können Kommunen Bordelle verhindern?*

Nach meiner Erfahrung schon. Wir haben in einigen Fällen mit dazu beitragen können, dass Bordelle nicht genehmigt worden sind. Entscheidend ist der Wille der politischen Verantwortungsträger.

Interview: Regine Seipel

## STADTALLENDORF

Seit Oktober ist die Innenstadt im mittelhessischen Stadtallendorf größtenteils Sperrbezirk. Weil drei potenzielle Bordellbetreiber planerische Anfragen stellten, hatte die Kommune ein Prostitutionsverbot beim zuständigen Regierungspräsidium (RP) in Gießen beantragt. Stadtallendorf ist neben Gießen und Marburg die dritte Stadt im Regierungsbezirk, die in die Sperrgebietsverordnung aufgenommen wurde. In dem eineinhalbjährigen Verfahren legten Vertreter der Behörden und der Stadt bei mehreren Orts-terminen die Straßen fest, in denen Bordelle künftig verboten sind. Auch Wohnungs- und Straßenprostitution sind dort nicht mehr erlaubt. Bei der Auswahl der Grenzen wurde die Lage von Kirchen, Schulen und Jugendeinrichtungen berücksichtigt. „Ein Prostitutionsverbot ist an enge Kriterien gebunden“, erklärt Regierungsvizepräsident Hans-Otto Kneip (FDP). Der übrige Grund und Boden der Stadt gilt nun zwangsläufig als Toleranzzone. Ein Großbordell vor den Toren der Kommune lässt sich daher mit der Verordnung nicht verhindern. Wegen des langen Verfahrens sind die drei Bordellbetreiber, die Grund für den Sperrbezirksantrag waren, jedoch zwischenzeitlich weitergezogen. ddp

## BAD VILBEL

Bad Vilbel kämpft gegen ein Bordell im Gewerbegebiet. Im Stadtteil Dortelweil will ein Investor ein Luxusbordell mit Schwimmbad, Sauna und Solarium bauen. Die Pläne sorgen für Ärger, seit der Besitzer eines ehemaligen Getränkemarktes eine Bauvoranfrage beim Kreis gestellt hatte. Die Stadt protestierte dagegen, klagte und verlor vor dem Verwaltungsgericht Gießen. Ein Bordell sei ein Gewerbe und damit in einem Gewerbegebiet zulässig, so die Begründung der Richter. Die Gegner geben jedoch nicht auf. Sie befürchten einen Anziehungspunkt für kriminelles Milieu und schlechten Einfluss auf die Internationale Schule, die keine 300 Meter entfernt entstehen soll. „Wir werden uns mit allen juristischen Mitteln wehren“, kündigt Stadtrat Jörg Frank (CDU) an. Das Urteil aus Gießen behandle nur die planungsrechtliche Seite. Weil ganz Bad Vilbel Sperrgebiet sei, könne die Stadt einen Bauantrag für das Rotlichtgewerbe jedoch ablehnen, sagt er. Dagegen müsse dann der Investor klagen. Ob es überhaupt soweit kommen wird, ist fraglich. Der Eigentümer des Areals soll sich inzwischen von dem Bordell-Bau distanzieren. Nun ist eine Zwangsversteigerung des Grundstücks im Gespräch. res

## MARBURG

In Marburg ist eine Bürgerinitiative vor zwei Jahren im Widerstand gegen ein Großbordell gescheitert. Die Stadt hatte argumentiert, dass es in einer Toleranzzone eingerichtet worden sei und deswegen nicht verhindert werden könne. Die Gegner waren anderer Meinung, demonstrierten und sammelten rund 3500 Unterschriften gegen das Projekt, das auch ein parlamentarisches Nachspiel hatte. Zur Überprüfung der Baugenehmigung war ein Akteneinsichtsausschuss eingerichtet worden. Von „Ungereimtheiten, Halbwahrheiten und Verfälschungen“ in den Akten war die Rede, die Bürgerinitiative brachte den Streit bis vor den Petitionsausschuss des hessischen Landtags, der die Rechtmäßigkeit von Entscheidungen kommunaler Behörden überprüft. Der bestätigte jedoch die Argumentation der Stadt. Seitdem geht der Ärger weiter. Vor zwei Jahren heizte beim Karneval ein Motivwagen des Etablissements die Gemüter wieder auf. Unter dem Motto „Wir blasen Euch den Marsch“ wurden Werbeflyer für erotische Dienstleistungen verteilt. Seitdem sind Motivwagen von Bordellen beim Rosenmontagszug verboten. Zur Schadensbegrenzung hat der Magistrat eine Beratungsstelle für Prostituierte eingerichtet. res

## Bordelle aufs Land

Prostitution in großem Stil: Hessens Bordelle ziehen aufs Land, weil sie aus den Städten vertrieben werden – und weil sie große Flächen brauchen. Der Luxuspuff bietet Sauna und Wellness, gute Küche und edle Ausstattung. Kommunen und Bürger wehren sich aus Angst vor dem kriminellen Milieu. Seite D2/D3